



## INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

### Neue Leitbilder der Raumentwicklung

Am 30. Juni 2006 verabschiedeten die Raumordnungsminister von Bund und Ländern im Rahmen der 33. Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) neue „**Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland**“. Sie sind Ergebnis eines umfassenden fachlichen und politischen Diskussionsprozesses zur Erneuerung des seit 1992 gültigen „Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmens“ (ORA). Mit ihnen verbindet sich der Anspruch, die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Raumentwicklungspolitik aufzugreifen.

Denn seit der Verabschiedung des ORA haben sich die Rahmenbedingungen für die räumliche Entwicklung einschneidend geändert. Man denke zum Beispiel an die Globalisierung und den ökonomischen Strukturwandel, den demographischen Wandel und die Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung in der Regionalentwicklung. Die 31. Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 13.10.2003 beschloss deshalb, „(...) die Notwendigkeit der Fortentwicklung der raumordnerischen Leitbilder für das Bundesgebiet und den europäischen Raum zu prüfen“. Auf der Basis der Analyseergebnisse und Handlungsempfehlungen des Raumordnungsberichtes 2005 des BBR wurde 2004 durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ein umfassender fachlicher Diskussionsprozess zur Fortentwicklung der räumlichen Leitbilder in Gang gesetzt. Erste Ergebnisse wurden im September 2005 der fachpolitischen Öffentlichkeit auf einer Tagung in Bonn vorgestellt, bevor in den Gremien der horizontalen und vertikalen Koordination der Raumordnung weiterverhandelt wurde. Ergebnis dieses umfangreichen Diskussions- und Konsensbildungsprozesses

sind die drei Leitbilder „Wachstum und Innovation“, „Daseinsvorsorge sichern“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“. Sie beschreiben die von Bund und Ländern angestrebten Schwerpunkte raumordnerischen Handelns für die nächsten Jahre.

Die neuen Leitbilder haben im Einzelnen folgende thematische Schwerpunkte:

#### Leitbild 1: Wachstum und Innovation

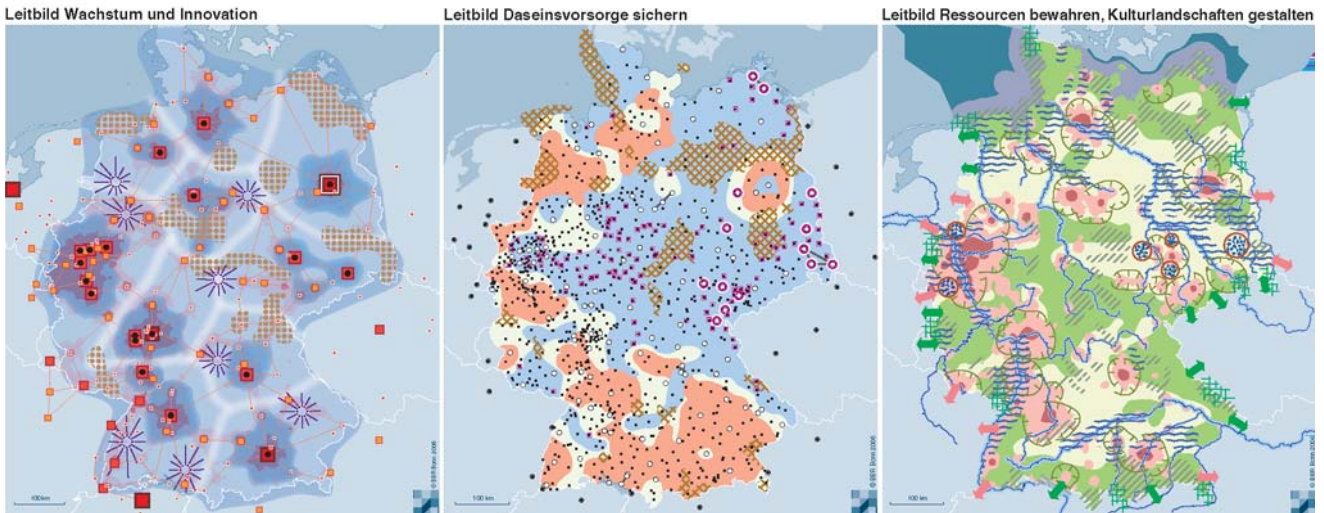
Mit dem Leitbild „Wachstum und Innovation“ möchte die Raumentwicklungspolitik dazu beitragen, das wirtschaftliche Wachstum stärker zu fördern – insbesondere durch eine Weiterentwicklung der Wissensgesellschaft. Alle Räume sollen befähigt werden, ihren Beitrag hierbei zu leisten, indem die spezifischen Stärken in den jeweiligen Regionen gestärkt werden. Eine besondere Funktion haben dabei die elf europäischen Metropolregionen in Deutschland. Diese Räume sind wichtige Motoren der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und haben eine besondere Verantwortung für ihren jeweiligen metropolitanen Verflechtungsraum.

Aufgabe der Raumentwicklungspolitik ist es, durch angepasste Strategien die Regionalentwicklung zu fördern. Ein übergeordnetes Ziel ist dabei, Netzwerke, überregionale Wachstumsbündnisse und solidarische Partnerschaften zwischen den Metropolregionen, den Wachstumsräumen außerhalb der engeren metropolitanen Verflechtungsräume und den Stabilisierungsräumen zu etablieren. Einzelne Handlungsansätze hierbei können die Innovationsförderung, die Weiterentwicklung des Ansatzes der endogenen Regionalentwicklung, die Erarbeitung von Stabilisierungsstrategien, der gezielte Ausbau der großräumig bedeut-



#### Inhalt

- Neue Leitbilder der Raumentwicklung
- CD-ROM INKAR erhält internationalen Preis
- Postfossile Mobilität
- Regionale Strukturpolitik – quo vadis?
- Gewerbeflächenmonitoring
- Transaktionskosten im internationalen Vergleich
- Die Forschungsinitiative Zukunft Bau
- Lebensräume
- Vom Planspiel in die Praxis
- Mobilität neu denken
- Bundeswettbewerb „kommKOOP“
- Modelle genossenschaftlichen Wohnens
- Das BBR auf der euregia 2006



Das von der MKRO beschlossene Papier kann von der Internetseite des BBR heruntergeladen werden: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) unter Veröffentlichungen/ Sonderveröffentlichungen und wird demnächst gedruckt erscheinen beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Außerdem befassen sich mit den neuen Leitbildern ein **Themenheft der Informationen zur Raumentwicklung, IZR – Heft 11/12.2006** sowie von **Raumforschung und Raumordnung, RuR – Heft 6/2006**.

Beide erscheinen im Dezember 2006.

#### Kontakt:

Dr. Horst Lutter  
Referat I 1 „Raumentwicklung“  
Tel.: 0228 99 – 401 23 12  
Fax: 0228 99 – 401 23 56  
E-Mail: [horst.lutter@bbr.bund.de](mailto:horst.lutter@bbr.bund.de)

samen Verkehrsinfrastruktur, die Förderung der europäischen Perspektive in den Metropolregionen sowie die Entwicklung von großräumigen Verantwortungsgemeinschaften sein.

#### Leitbild 2: Daseinsvorsorge sichern

Dieses Leitbild ist die Antwort der Raumordnung auf den demographischen Wandel, der viele Regionen unter den Problemdruck stellt, eine angemessene und gut erreichbare Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur sicherzustellen. Der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung vor allem in den sowieso schon dünn besiedelten Regionen stellt für die öffentlichen Haushalte bei den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine große Herausforderung dar: Die bisher größtenteils guten Versorgungsqualitäten müssen gesichert werden und das Zentrale-Orte-System als das räumliche Grundgerüst für die Daseinsvorsorge den demographischen Entwicklungen angepasst werden.

Insbesondere die Grundversorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verkehr ist trotz der aufkommenden Probleme der Tragfähigkeit der Einrichtungen mit noch zu definierenden Mindeststandards zu garantieren. Durch neue, zeitlich und örtlich flexible Organisations- und Angebotsformen sollen die Versorgungsqualitäten darüber hinaus modernen Möglichkeiten und Standards angepasst und damit möglicherweise auch verbessert werden.

#### Leitbild 3: Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten

Mit dem dritten Leitbild wird der Grundauftrag der Raumordnung, für eine nachhaltige Raumentwicklung zu sorgen, in die neuen Leitbilder integriert. Unter nachhal-

tiger Raumentwicklung wird im Sinne dieses Leitbildes auch künftig vor allem die Sicherung der vielfältigen Raumfunktionen durch aktives Management räumlicher Ressourcen und Entwicklungspotenziale im Spannungsfeld zunehmender Nutzungskonflikte und vor dem Hintergrund der Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit der Ressource Boden verstanden.

Im Hinblick auf diese Aufgabe soll vor allem die Kompetenz der Raumordnung zur überörtlichen und überfachlichen Koordination der verschiedenen Planungen gestärkt werden. Der Schutz des Freiraumes und die Reduktion der Flächenneuinanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke steht dabei im Vordergrund. Wie in den anderen Leitbildern, soll die Raumordnung auch hier verstärkt aktive Gestaltungs- und Entwicklungsaufgaben übernehmen. Die Sicherung und Gestaltung der gewachsenen Kulturlandschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung stellt deshalb in diesem Leitbild eine große Herausforderung dar. Angestrebt wird ein harmonisches Nebeneinander unterschiedlicher Landschaftstypen, bei dem die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Funktionen dauerhaft erhalten bleiben. Kulturlandschaft soll als weicher Standortfaktor in regionale Entwicklungskonzepte zur Stabilisierung ländlicher und stadtnaher Räume integriert werden.

Eine kurz gefasste Broschüre von BMVBS und BBR mit dem Titel „**Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland**“, die im November erscheint, zeigt den Zusammenhang von analytischen Grundlagen des Raumordnungsberichtes 2005 und den Leitbildern in anschaulicher Form. Sie wird kostenlos vom BBR an Interessenten abgegeben.

## CD-ROM INKAR erhält internationalen Preis

### Microsoft Customer Experience Award 2006 für INKAR 2005 an Softwareentwickler vergeben

Auf der diesjährigen Microsoft Worldwide Partner Conference in Boston wurde der Bonner Geoinformatik-Spezialist LUTUM + TAPPERT DV-Beratung GmbH mit dem Customer Experience Award 2006 für die vom BBR herausgegebene CD-ROM „INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung“ ausgezeichnet. Die Auswahl erfolgte aus einem großen Bewerberfeld internationaler Top-Unternehmen. Mit seinen verschiedenen Awards honoriert Microsoft Kompetenz, Kundenorientierung und Technologieführerschaft herausragender Partner und zeichnet jährlich weltweit Unternehmen aus, die durch die Entwicklung von Produkten mit hoher Funktionalität, optimaler Nutzung von Microsoft-Technologien und effektivem Time-to-market in besonderem Maße die Anforderungen Ihrer Kunden erfüllt haben.

Die preisgekrönte Lösung INKAR 2005 beweist, dass thematische Kartografie (Business Intelligence Maps) so elegant in die Office-Umgebung integriert werden kann, dass auch Benutzer ohne umfangreiche Vorkenntnisse raumbezogene Informationen analysieren und visualisieren können.

Wurde die Geoinformatik bislang von Unix, Linux, Oracle und den grossen GIS-Anbietern (ESRI, Intergraph, Smallworld etc.) beherrscht, ist eine auf Microsoft Windows, DotNet und Access basierende Lösung und der Gewinn des Microsoft Customer Experience Award ein besonders bemerkenswerter Erfolg

Die komplett überarbeitete diesjährige Ausgabe von INKAR dokumentiert in Form von Indikatoren in umfassender Weise den aktuellen Stand der Raumentwicklung in Deutschland und Europa. Mit der CD-ROM bietet das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ein aktuelles, detailreiches und nutzerfreundliches Instrument für alle diejenigen, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind und solide Grundlagen für die Informationsvermittlung (Medien, Schulen) oder für politische und wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen benötigen.

Die CD erscheint nicht nur in neuem Design – sie enthält diesmal mehr als 800 Indikatoren für insgesamt 23 Themenbereiche, darunter erstmals flächendeckend für das Bundesgebiet regionalisierte Indikatoren aus der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR. Darüber hinaus werden z. B. auch detaillierte Informationen zur kreisscharfen Verteilung von Finanztransfers und ausgewählten wichtigen Förderprogrammen des Bundes angeboten.

Räumliche Bezugsebene für die meisten Indikatoren sind u. a. Bundesländer, Kreise und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Alle Indikatoren sind bundesweit vergleichbar aufbereitet und geben Auskunft über die Stärken und Schwächen des eigenen Standortes im Vergleich zu anderen Kreisen, Regionen oder Bundesländern.

Die eigene Standortbestimmung ist so problemlos möglich, etwa zur Arbeitsplatzentwicklung und Arbeitsmarktsituation, Infrastrukturversorgung, zu Geburtenentwicklung und Lebenserwartung, oder aber auch zu Haushaltseinkommen, Steuereinnahmen und Investitionen von Unternehmen. Darüber hinaus werden auch wieder Indikatoren zu Bevölkerungs- und Altersstruktur, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit für die Europäische Union auf den verschiedenen NUTS-Ebenen bereitgestellt.

Zeitlicher Bezug ist im Allgemeinen zwar der aktuellste verfügbare Zeitpunkt; eine große Anzahl von Indikatoren sind aber auch als Zeitreihe mit Werten für Einzeljahre, beginnend mit 1995, berechnet worden. Sie ermöglichen einen uneingeschränkten Entwicklungsvergleich über den angebotenen Zeitraum, da sie alle auf dem gleichen aktuellen Gebietsstand basieren.

Ein neuartiges Assistentenkonzept bietet zahlreiche Optionen zur raum- und zeitvergleichenden Analyse regionaler Lebensbedingungen. So lassen sich Indikatoren aus den unterschiedlichsten Themenbereichen sowie verschiedene Raum- und Zeitbezüge miteinander kombinieren und in übersichtlichen Tabellen darstellen. Ein komfortables Kartographie- bzw. Graphikprogramm versetzt den Nutzer in die Lage, mit nur wenigen Mausklicks präsentationsfähige thematische Karten und Diagramme zu erstellen.



Die CD-ROM „INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung, Ausgabe 2005“ kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn  
 Fax: 0228 99 – 401 22 92  
 E-Mail: [selbstverlag@bbr.bund.de](mailto:selbstverlag@bbr.bund.de)  
 zum Preis von 65,00 € (erm. 42,25 €) (zzgl. Versand) bezogen werden.

#### Kontakt:

Helmut Janich  
 Referat I 6 „Raum- und Stadtbeobachtung“  
 Tel.: 0228 99 – 401 22 58  
 Fax: 0228 99 – 401 23 55  
 E-Mail: [helmut.janich@bbr.bund.de](mailto:helmut.janich@bbr.bund.de)





Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 6,00 € (zzgl. Versand).

Die Zeit des billigen Erdöls geht zu Ende. Das IzR-Heft 8.2006 signalisiert: die Raumstrukturen spielen eine wichtige Rolle.

#### Kontakt:

Gerd Würdemann  
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“  
Tel.: 0228 99 – 401 23 02  
Fax: 0228 99 – 401 22 60  
E-Mail: gerd.wuerdemann@bbr.bund.de

## Postfossile Mobilität Zur Zukunft von räumlicher Mobilität und Verkehr Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2006

Die Selbstverständlichkeit einer rund um die Uhr verfügbaren preiswerten Antriebsenergie und die in den letzten Jahrzehnten immer weiter verdichtete Verkehrsinfrastruktur ermöglichen eine bisher noch nie dagewesene leichte Durchlässigkeit des Raums. Aktionsräume weiten sich aus und die „Ferne rückt näher“, zugleich erhöht sich damit auch die Ölabhängigkeit unserer Mobilitätsansprüche. Dem inzwischen erreichten hohen Niveau der Verkehrsmöglichkeiten stehen allerdings sowohl eine absehbare Deckungslücke des billigen Erdöls im nächsten Jahrzehnt als auch dramatische Umwelt- und Klimafolgen gegenüber.

Die Frage „Inwieweit können wir uns die weltweite Verkehrsexpansion noch leisten?“ wird im vorliegenden aktuellen IzR-Heft mit empirischen Befunden und der Notwendigkeit grundlegender Weichenstellungen nicht nur in der Verkehrspolitik beantwortet. In zwei Beiträgen wird verdeutlicht, dass die Zeit des relativ preiswerten und uneingeschränkt verfügbaren Erdöls zu Ende geht – ein Förderrückgang absehbar ist – und mit ihm auch eine (längerfristige) Umstellung von ölbasierten fossilen Antriebsenergien auf erneuerbare Energien. Engpässe und Preissprünge bei den erdölbasierten Kraftstoffen bedeuten bei der extremen Abhängigkeit des Verkehrs vom Öl und vor dem Hintergrund des Postulats der Sicherung der Mobilität eine große Herausforderung.

#### *Zumutungen des Übergangs – nur keine Panik*

Dies macht uns bewusst, dass die bisherigen Rahmenbedingungen für ein Fortschreiben der bisherigen Verkehrsentwicklung und Infrastrukturinvestitionen nicht nur an monetäre, sondern auch auf reale Energieengpässe, Flächenknappheiten und an gesundheitliche Grenzen stoßen wird. Dabei sind in der Tendenz deutlich steigende Erdölpreise als Anstoß für alternative Lösungswege hilfreich – sie sind Teil der Lösung und nicht das Problem, wie derzeit gängige Auffassung.

Im Nachdenken über diese Ausgangslage wird einleitend der im deutschen Sprachgebrauch noch ungewohnte Begriff „postfossile Mobilität“ vorgestellt, der den inneren Zusammenhang von der Endlichkeit fossiler Kraftstoffe über sparsame Nutzung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien hin zu einer

sicheren und finanzierbaren Zugänglichkeit für alle herstellt.

In den weiteren Beiträgen dieses Themenheftes werden Aspekte zur Sicherung der Mobilitätsvielfalt vertieft, die die Energieversorgungssicherheit und notwendige CO<sub>2</sub>-Reduktion weiter nachdrücklich unterstützen. Denn neben der Kraftstoffstrategie der Bundesregierung – sie war und ist ein wichtiger Meilenstein für die Energieversorgungssicherheit des Verkehrs – sind weitere Handlungsfelder offensiv anzupacken, um den unterschiedlichen Mobilitätsansprüchen gerecht zu werden und die ganze Palette der Fortbewegungsformen zu ermöglichen.

#### *Die nächsten Schritte ...*

Die umfassende Förderung der Energieeffizienz aller Mobilitätsformen wie auch eine breite Palette von Entwicklungsaktivitäten für regenerativ erzeugte Antriebsenergien wird in weiteren Beiträgen behandelt. Dabei wird die Frage gestellt, ob angesichts der kritischen Ölversorgungssituation in der nächsten Dekade oder bei Lieferengpässen aus Krisenregionen auch ausreichende Reaktionszeiten bleiben, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Ein besonderer Blick wird in einem Beitrag auf China gerichtet und die These aufgestellt, dass die rasante Entwicklung dort das Ende des fossilen Zeitalters beschleunigen und Standards des postfossilen Zeitalters setzen könnte.

Das Heft schließt mit einem Beitrag, in dem „postfossile Mobilitätsstrukturen“ als ein langfristiger Aspekt in die Diskussion um eine nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung eingeordnet wird. Da zukünftige Lebens- und Mobilitätsstile mit sehr viel weniger preisgünstiger Energie werden auskommen müssen als wir es heute in den westlichen Industrienationen gewohnt sind, wird hier ein Paradigmenwechsel einzuleiten sein. Denn die derzeit gängige Vorstellung einer Reduktion oder eines einfachen Ersetzens von billigem Erdöl durch erneuerbare Kraftstoffe wird zu kurz greifen – eine Strategie jenseits des noch-fossilen, verschwenderischen Wachstumszeitalters ist zu entwickeln. Der Diskurs zur postfossilen Mobilität ist eröffnet.

## Mobilität neu denken Konsequenzen für die Verkehrsinfrastruktur

### 3. Mobilitätsdiskurs von BBR, Mobilitätsinitiative (moin) und WZB am 24. Oktober 2006 in Berlin

Der 3. Mobilitätsdiskurs von BBR, Mobilitätsinitiative (*moin*) und WZB will die Risiken der gängigen Perspektive des Business-as-usual aufzeigen, Handlungserfordernisse für die Infrastruktur diskutieren und für eine offene, unvoreingenommene Diskussion über die Herausforderungen eines Übergangs zur postfossilen Mobilität werben. Denn die Aktivitäten des Übergangs und mögliche Veränderungsprozesse müssen jetzt mitbedacht werden. Gerade in der deutlichen Verabschiedung von fossilen Energien und frühzeitiger Gestaltung eines sanften Übergangs in ein postfossiles Zeitalter liegt die Chance.

Die Ausgangslage (siehe auch nebenstehendes IzR-Themenheft „Postfossile Mobilität“) ist brisant: Rekordpreise für das Fass Öl, weltweit ungebrochener Energiehunger, eine absehbare Deckungslücke des billigen Erdöls im nächsten Jahrzehnt und mittendrin im Klimawandel, so lauten die Schlagworte. Angesichts der fast vollständigen Abhängigkeit des Verkehrs von Erdöl stellen sich brennende Fragen: Kommen die erneuerbaren Energien zu spät bzw. reichen die Vorlaufzeiten für die Entwicklung der Alternativen aus? Löst wie bisher die Technik unsere Probleme und/oder der Marktpreis? Was bedeutet das für unsere Mobilitätsansprüche?

#### **Wie viel Verkehrswege können wir uns noch leisten?**

Wir stehen heute an der Grenze zwischen dem fossilen und dem postfossilen Zeitalter. Das Wirtschaftswachstum der vergangenen 200 Jahre beruhte auf der leichten und billigen Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern. Zwischenzeitlich haben wir das Fördermaximum des leicht verfügbaren Erdöls erreicht. Die derzeit auf den Ölmärkten beobachtbaren Entwicklungen geben nur einen Vorgeschmack darauf, welche Probleme in der Energieversorgung mit entsprechenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen zu erwarten sind. Je früher die Übergangsphase zu einer postfossilen Mobilitätskultur aktiv angegangen wird, um so weicher wird die Landung für ökonomische, ökologische und soziale Interessenslagen sein.

Vor diesem Hintergrund würde ein am Trend der bisherigen Verkehrsentwicklung angepasster Verkehrsinfrastrukturausbau in

die falsche Richtung führen. Deshalb wird die Auseinandersetzung mit einem zusätzlichen Trendbruch-Szenario und seinen möglichen Konsequenzen immer dringlicher. Dieses Szenario beschreibt die jetzt fällige Kurskorrektur, um Mobilität auch bei einer Deckungslücke in der Erdölversorgung zu sichern. Das Spannungsfeld bewegt sich einerseits zwischen fortschreitender Globalisierung mit entsprechend weltweiten Transportwegen abhängig von erdölbasierten Kraftstoffen und andererseits regionalen Wirtschaftskreisläufen und eher wachsenden Anforderungen an die kleinräumige Nahraumversorgung.

Im 1. Themenblock „Trend und/oder Trendbruch“ werden die Referenten diese Ausgangslage unter Berücksichtigung des demographischen Wandels, von Lebensstilen und Konsummustern aufzeigen und in einem Streitgespräch über „Nachfrage- und Wachstumsdominanz versus Nachhaltigkeit“ diskutieren.

#### **Wie sieht die Mobilitätsinfrastruktur der Zukunft aus?**

Staatssekretär Michael Müller MdB, BMU leitet mit dem Vortrag zum Thema „Die Republik in Bewegung – die Mobilität nachhaltig sichern“ zum 2. Themenblock über.

Was bedeuten divergierende Mobilitätsansprüche der Altersgruppen, etwa der zunehmenden mobilen jungen Alten, der Hochbetagten und Kinder für die Mobilitätsinfrastruktur? Welche Art von Verkehrsinfrastruktur ist bezahlbar und effizient? Was bedeutet dies für Infrastrukturerweiterung und qualifizierte Substanzwertsicherung? Wie ist der Übergang von einer von Trendverlängerung ausgehenden Infrastrukturplanung auf eine zukunftsverträgliche Mobilitätsinfrastruktur zu initiieren? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion.

Wir laden Sie sehr herzlich zum Gesprächsforum ins Wissenschaftszentrum Berlin ein. Es erwartet Sie eine spannende, hochaktuelle Veranstaltung.

Weitere Informationen unter:  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_006/nn\\_22702/DE/NeuesTermin/VeranstaltungenWissBereich/ProgrammeKurzbeschreibungen/Mobilit\\_C3\\_A4tsdiskurs\\_Kurzbeschreibung.html](http://www.bbr.bund.de/cln_006/nn_22702/DE/NeuesTermin/VeranstaltungenWissBereich/ProgrammeKurzbeschreibungen/Mobilit_C3_A4tsdiskurs_Kurzbeschreibung.html)



Bundesaamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung



WZB Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung

#### **Anmeldung:**

Susanna Satzger  
Evangelische Akademie  
Tutzing  
Schlossstraße 2 +4  
82327 Tutzing  
Tel.: 08158 – 251 126  
Fax: 08158 – 99 64 26  
E-Mail:  
satzger@ev-akademie-  
tutzing.de

#### **Kontakt:**

Gerd Würdemann  
Referat I 5 „Verkehr und  
Umwelt“  
Tel.: 0228 99 – 401 23 02  
Fax: 0228 99 – 401 22 60  
E-Mail:  
gerd.wuerdemann  
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn  
 Fax: 0228 99 – 401 22 92  
 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 6,00 € (zzgl. Versand).

## Regionale Strukturpolitik – quo vadis? Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9.2006

Ziel der regionalen Strukturpolitik ist die Entwicklung strukturschwacher Regionen, um deren relative Position gegenüber einkommensschwachen und wachstumsstarken Räumen zu verbessern. Von ihrem Anspruch her ist die regionale Strukturpolitik primär ausgleichsorientiert und versucht durch die Förderung einzelbetrieblicher Investitionen, den Ausbau der Infrastruktur oder anderer Maßnahmen wie z. B. von Humankapital oder Regionalmanagement in den strukturschwachen Regionen deren Entwicklung zu forcieren. Sie zählt zu den wesentlichen raumbedeutsamen Politikbereichen.

In den letzten Jahren wird zunehmend eine Diskussion darüber geführt, was an regionalen Disparitäten gesellschaftspolitisch noch vertretbar ist und wann der grundgesetzliche Anspruch „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ erfüllt ist. Im Fokus der aktuellen Diskussion steht außerdem die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Ausgleichs- und Wachstumsziel und die Bedeutung von Wachstumsregionen. Diese Frage hat auch Eingang gefunden in die Neuformulierung raumordnerischer Leitbilder, das Leitbild „Wachstum und Innovation“.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist mit seinen empirischen Analysen und seiner wissenschaftlichen Beratungstätigkeit in verschiedenen Gremien wie dem Unterausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) oder in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Nationalen Strategischen Rahmenplans für die künftige Förderperiode der EU-Strukturfonds aktiv an der Diskussion um die Ausgestaltung der regionalen Strukturpolitik beteiligt. Hierzu soll auch das aktuelle IzR-Themenheft „Regionale Strukturpolitik – quo vadis?“ beitragen.

Zur Einführung wird zunächst das gegenwärtige regionale Disparitätenmuster beschrieben. Ausgehend vom Konzept der Potenzialfaktoren wird deutlich, dass sich die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme auch 15 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch immer auf die ostdeutschen Regionen konzentrieren. Aber auch einzelne westdeutsche Regionen weisen strukturelle Defizite auf. Des Weiteren wird aufgezeigt, wo die ökonomischen Entwicklungskerne Ostdeutschlands liegen, um damit mehr Transparenz in die Diskussion über Cluster als Förderstrategie zu bringen.

Die Möglichkeiten und Grenzen der Förderung von Clustern werden am Beispiel der GA-Investitionsförderung erläutert. Die Umsetzung des Clusterkonzeptes würde eine sektorale und regionale Staffelung der Fördersätze erfordern. Gleichwohl sprechen pragmatisch-prozesspolitische, empirische und wohlfahrtstheoretische Bedenken gegen eine Konzentration der GA-Förderung auf Cluster. Es wird keine gesonderte Unterstützung von Clustern empfohlen, stattdessen eine Ausrichtung der Förderung an Inhalten. Auch wird der Beitrag der nationalen und europäischen Strukturpolitik zum Abbau regionaler Disparitäten thematisiert. Beide Politikbereiche können zwar regionale Entwicklung flankierend unterstützen. Entwicklung und Konvergenz hängen aber auch maßgeblich von Faktoren ab, die die regionale Strukturpolitik nicht beeinflussen kann.

Mit neuen regionalen Entwicklungstrends beschäftigt sich ein weiterer wichtiger Beitrag. Für Westdeutschland zeigt sich, dass die Agglomerationen wieder zu räumlichen Schwerpunkten des Wachstums von Produktion und Beschäftigung geworden sind. Die ostdeutschen Agglomerationen zeichnen sich zwar durch eine günstigere Beschäftigungsentwicklung aus, jedoch lässt ihre wirtschaftliche Dynamik zu wünschen über. Die Stärkung dieser Räume wird daher als eine vordringliche Aufgabe der Regionalpolitik angesehen. Hierzu notwendig ist eine Bündelung der Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, wie sie im Konzept der Metropolregionen angedacht ist.

Der abschließende Beitrag befasst sich mit der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Erstmals wurde hierzu ein gesamtdeutsches Regionalindikatormodell berechnet. Im einzelnen werden die räumlichen Analyseeinheiten, die ausgewählten Regionalindikatoren und deren Verknüpfung zu einem Gesamtindikator beschrieben.

Die Ausschöpfung gesamtwirtschaftlicher Wachstumsprozesse und die Bedeutung der Agglomerationen als fiskalischer Impulsgeber für staatliche Ausgleichspolitik muss künftig stärker im Fokus von Politik und Forschung stehen. Auch das ist ein zentrales Anliegen.

### Kontakt:

Michael Zarth  
 Referat I 4 „Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung“  
 Tel.: 0228 88 – 401 23 37  
 Fax: 0228 99 – 401 23 46  
 E-Mail: michael.zarth@bbr.bund.de

## Gewerbeflächenmonitoring Forschungen, Heft 119

Das BBR hat im Projekt „Wettbewerbsfähigkeit des regionalen Gewerbeflächenpotenzials in Ostdeutschland“ die Arbeitsgemeinschaft Planquadrat Dortmund, GEFAK Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung mbH und die TU Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie mit der beispielhaften Konzeption eines Gewerbeflächenmonitoring für Ostdeutschland beauftragt, mit dem u. a. die genutzten sowie die noch verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen im kommunalen, regionalen sowie im landesweiten Vergleich dargestellt werden können.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des ostdeutschen Gewerbeflächenangebotes eine verbesserte Informationsgrundlage von Bedeutung ist. Nur wenn Klarheit über den gewerblichen Flächenbedarf besteht und die Flächenangebote der Kommunen transparent sind, lässt sich ein regionales Gewerbeflächenmanagement erfolgreich umsetzen. Entsprechend dieser Anforderungen wurde ein Konzept für eine sachlich differenzierte „Buchhaltung“, für ein Monitoring entwickelt, das es erlaubt, Entstehung, Qualität und Nutzung der Gewerbeflächen zu erfassen.

Der Anforderungskatalog wurde auf der Basis der gegenwärtig verfügbaren Daten überprüft. Deutlich wird, dass keine der verfügbaren Erhebungen bzw. Statistiken im Sinne des Monitoringkonzeptes vollständig ist und eine weitere Differenzierung sowohl in der Erfassung als auch in der Aufbereitung erfordert. Aber grundsätzlich sind die Daten für ein Monitoring geeignet.

Die Untersuchung hat zudem gezeigt, dass insgesamt in den ostdeutschen Bundesländern ein großer Flächenüberhang besteht. In den peripheren Regionen ist dieser Überhang am größten. Hier sollten in vielen Fällen Gewerbeflächen aus ihrer Widmung entlassen werden.

Ein solches Monitoring kann nur durch die Städte und Gemeinden selbst realisiert werden, mit einer unterstützenden Position der Länder und des Bundes. Dies wird aber nur geschehen, wenn den Gemeinden mit dem Monitoring ein Arbeitsmittel bzw. Werkzeug in die Hand gegeben wird, das eine bessere Erledigung ihrer Pflichtaufgaben ermöglicht als bisher.

## Transaktionskosten im internationalen Vergleich\* Forschungen, Heft 120

Im Zusammenhang mit dem Erwerb bzw. Verkauf von Wohneigentum fallen – neben dem eigentlichen Objektprice – Kosten an, die häufig vollständig vom Käufer getragen werden. Diese Transaktionskosten, als Summe aller Aufwendungen (Zeit und Geld), die dem Eigentumsübergang dienen und die insbesondere durch Gebühren für die verschiedenen erwerbsbegleitenden Dienstleistungen und durch die Grunderwerbssteuer gekennzeichnet sind, können eine nicht unerhebliche Größenordnung annehmen. Sie stellen damit eine Position dar, die zusätzlich zum Objektprice finanziert werden muss und somit Einfluss auf den Umfang der Eigentumsbildung und die Mobilität besitzt.

Eine vom BBR in Auftrag gegebene Untersuchung widmet sich u. a. den Fragestellungen, in welcher Höhe Transaktionskosten in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern anfallen, welche Leistungen hierfür erbracht werden und welche Verbesserungsmöglichkeiten bzw. Änderungsoptionen im bestehenden System vor dem Hintergrund der Erfahrungen anderer Länder denkbar wären. Dabei werden u. a. „Best Practices“ anderer Länder für die Dienstleistungsbereiche Maklerwesen, Grundbuch sowie das Notar- bzw. Rechtswesen vorgestellt und diskutiert.

In dem von empirica, qualitative Marktforschung, Stadt- und Strukturforchung GmbH (Bonn) in Kooperation mit Financial Services & Policy Consulting (Berlin) bearbeiteten Gutachten werden insgesamt für Deutschland nicht unerhebliche Spielräume für Effizienzsteigerungen (Qualitätssteigerungen und/oder Preissenkungen) bei der Transaktion selbstgenutzten Wohneigentums ausgemacht. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Wohnungsmärkte, Rechtssysteme und -traditionen ist allerdings eine direkte Übertragung von Best-Practices anderer Länder in der Regel nicht möglich. Nichtsdestotrotz ist nach Auffassung der Gutachter die Adaption und Integration einzelner Lösungen in das deutsche System grundsätzlich möglich.

\* Der Band 120 der Forschungen ist unter dem Langtitel „Internationaler Vergleich von Kosten und Dienstleistungseffizienz bei der Transaktion von Wohneigentum – Optionen für Deutschland“ im Internet abrufbar (download).



Band 119 der Forschungen ist im Internet abrufbar (download). Er kann kostenlos bestellt werden:  
gisela.beckmann  
@bbr.bund.de  
Stichwort: Forschungen 119

### Kontakt:

Dr. Peter Jakobowski  
Referat I 5  
Tel.: 0228 99 – 401 22 43  
Fax: 0228 99 – 401 22 60  
E-Mail:  
peter.jakubowski  
@bbr.bund.de



Band 120 der Forschungen kann kostenlos bestellt werden:  
forschung.wohnen  
@bbr.bund.de  
Stichwort: Forschungen 120

### Kontakt:

Christoph Zander  
Referat II 13  
Tel.: 0228 99 – 401 15 85  
Fax: 0228 99 – 401 15 19  
E-Mail:  
christoph.zander  
@bbr.bund.de



## Die Forschungsinitiative Zukunft Bau – Neuausrichtung und ganzheitliche Stärkung der Bauforschungsförderung

Als Impulsgeber für eine Forschungsinitiative stellt die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode rund 6 Mrd. € zusätzlich für die Förderung besonders zukunftssträchtiger Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bereit. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) konnte in diesem Zusammenhang den verfügbaren Haushaltsmittelansatz für die Bauforschungsförderung um ein Vielfaches erhöhen. Betrag dieser Ansatz bisher rund 1,1 Mio. € jährlich, stehen nun im Zeitraum von 2006 bis 2009 insgesamt rund 30 Mio. € zur Verfügung. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist mit der Durchführung der neuen Bauforschungsprogramme beauftragt.

Mit der **Forschungsinitiative Zukunft Bau** wird die Bauforschungsförderung ganzheitlich gestärkt und neu ausgerichtet. Die neuen Bauforschungsprogramme gehen dabei inhaltlich über die bisherigen Ziele des § 43 des Wohnungsbauförderungsgesetzes (dort vor allem: Senkung der Baukosten im Wohnungsbau) hinaus, indem sie die Zukunftsmärkte für die einheimische Bauwirtschaft in den Fokus der Betrachtung stellen. Damit leistet das BMVBS einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung ihrer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen an energiesparende Bauweisen und einer zunehmenden Internationalisierung.

Zukunft Bau soll zur Entwicklung eines neuen, positiven Leitbildes für die deutsche Bauwirtschaft beitragen, das als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Schaffung neuer Märkte im Bausektor gilt. Dieses neue Leitbild soll an die Stelle des derzeit schlechten Images der durch Krisen, Skandale und eine negative Berichterstattung geschwächten Branche treten. Als mögliche Ansatzpunkte benennt das BMVBS in diesem Kontext neue Marketingstrategien, Demonstrationsvorhaben, das Thema „sicheres Bauen“, Lebenszyklusmodelle, den Innovationstransfer und die Aktivierung von Rationalisierungspotenzialen im Bauwesen. Auch soll zum Hemmnisabbau zum Beispiel durch die Verbesserung des Regelwerks beigetragen werden. Die deutsche Bauwirtschaft soll sich zukünftig vor allem durch Innovationen behaupten können. Darüber hinaus soll an die Stelle eines ausschließ-

lichen Preiswettbewerbs ein transparenter Qualitätswettbewerb treten.

Bauforschung und Bauwirtschaft sollen stärker vernetzt werden, um eine intensivere bzw. verbesserte Zusammenarbeit zwischen den (Bau-)Forschern einerseits und den Baupraktikern andererseits zu erreichen. Eine innovative Produktpalette und neue Organisationsstrukturen erfordern bereits im Vorfeld ein erhöhtes Engagement der Baubranche in Forschung und Entwicklung. Es sollen neue Spielräume für Forschung und Entwicklung geschaffen werden, um durch eine verbesserte Ausbildung und Qualifikation und durch eine Diversifikation und Spezialisierung neue Handlungsfelder zu erschließen. Die Forschungsinitiative Zukunft Bau möchte mit einer modernen Forschungsförderung dafür gezielt Anreize bieten und eine Innovationsoffensive auslösen. Das mit der Umsetzung der Forschungsinitiative betraute BBR fördert Forschungsvorhaben im Wege der Zuwendung (Antragsforschung) oder durch eine direkte Vergabe von Aufträgen zur Bearbeitung bestimmter Forschungsthemen (Auftragsforschung).

Am 21. Juni 2006 wurde mit dem Bauforschungskongress der Startschuss für die Forschungsinitiative Zukunft Bau gegeben. Die Veranstaltung von BMVBS und BBR diente der Einstimmung des geladenen Fachpublikums auf die Schwerpunktthemen der kommenden Jahre. Mit dem Kongress wurde der Dialog zwischen den Beteiligten befördert, um eine zielgerichtete Verwendung von öffentlichen und privaten Forschungsmitteln zu gewährleisten und Synergien nutzen zu können.

In vier Workshops zu den Themenkreisen Bauwirtschaft, energieeffizientes Bauen, Bautechnik und nachhaltiges Bauen sowie Architektur und Baukultur waren die Teilnehmer zur aktiven Mitwirkung an den neuen Bauforschungsprogrammen eingeladen, die von Anfang an begleitet und evaluiert werden. Das Ministerium stellte die so genannten „Forschungs-Cluster“ vor: die Bauqualität, aktuelle Herausforderungen und neue Märkte, die Organisation der Wertschöpfungskette und – nicht zuletzt – die (notwendigen) Rahmenbedingungen für das Bauen.



Darüber hinaus wurden den Teilnehmern zahlreiche Anregungen zu eigenen Forschungsanträgen (für die Antragsforschung) gegeben, die ab 2006 jährlich zu einem veröffentlichten (Abgabe-)Termin eingereicht werden können. Die jeweiligen Forschungsthemen müssen an der inhaltlichen Ausrichtung und den Zielen der Forschungsinitiative orientiert sein.

Mitte August 2006 war der Bewerbungsschluß für den ersten Durchgang der Antragsforschung zur Forschungsinitiative für das aktuelle Haushaltsjahr 2006. Zurzeit werden über 250 termingerecht eingereichte Anträge einer Prüfung und Bewertung unterzogen. Kriterien für eine Prüfung der Anträge sind u. a. der zu erwartende Nutzen für die Allgemeinheit, die Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse in der Praxis und die Innovationskraft des Projektantrages.

Die Anträge für Forschungsprojekte werden bei der Antragsforschung von den Forschenden selbst formuliert und entspringen häufig einem individuellen Forschungsinteresse. Das BBR begleitet die Forschung und stellt den Forschenden einen fachkompetenten Arbeitskreis zur Seite. Durch die Förderung erwirbt der Bund Rechte zur Veröffentlichung der Forschungsergebnisse; sie werden meistens in Kooperation mit dem IRB-Verlag der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Teilrechte an der Forschung verbleiben beim Forschenden, der bei einer weitergehenden Verwertung der Forschungsergebnisse allerdings das Einverständnis und eine Zustimmung des Bundes einholen muss.

Wenn möglich sollten die eingereichten Projektanträge aus einer Kooperation von Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft bzw. unter einer finanziellen Beteiligung von (Bau-)Unternehmen entstehen, um ihre Relevanz für die Praxis zu unterstreichen. Die hohe Beteiligung und damit große Zahl der Anträge ist ein Indikator für die positive Resonanz und den großen Zuspruch für die neue Forschungsinitiative „Zukunft Bau“.

Parallel zur Antragsforschung werden zahlreiche Forschungsthemen der Forschungsinitiative Zukunft Bau als Auftragsforschung zur Bearbeitung an Forschungseinrichtungen vergeben. Es handelt sich dabei ausschließlich um solche Themen, für die ein konkreter Forschungsbedarf und ein besonderes Bundesinteresse bestehen. Sie werden vom BMVBS bzw. vom BBR formuliert und als Forschungsauftrag i. d. R. im Wege der öffentlichen Ausschreibung an einen geeigneten Bewerber vergeben. Der Forschungs-

nehmer verpflichtet sich durch einen Werkvertrag, die gestellte Forschungsaufgabe innerhalb einer bestimmten Frist im Sinne der Ausschreibung zu lösen. Die Verwertungsrechte der Forschungsergebnisse – meist in Form von Forschungsberichten – liegen, anders als bei der Antragsforschung, ausschließlich beim Bund als Auftraggeber für die Forschung.

#### **Ziel der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“**

des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bauwesens im europäischen Binnenmarkt zu stärken und bestehende Defizite insbesondere im Bereich technischer, baukultureller und organisatorischer Innovationen zu beseitigen. Das BBR wird im Auftrag des Ministeriums rund 30 Mio. € innerhalb der nächsten vier Jahre für diesen Zweck in Form von Zuwendungen oder Aufträgen zur Verfügung stellen. In der Forschungsinitiative sollen unter anderem Forschungsprojekte zu folgenden Themenkomplexen gefördert (Antragsforschung) bzw. beauftragt werden (Auftragsforschung):

- Wertschöpfungskette Bau  
(*Organisationsfragen, Systemführerschaft, Lebenszyklusansatz, Markttransparenz, ...*)
- Bauqualität  
(*architektonische, städtebauliche, technische, ökologische, funktionale, wirtschaftliche Qualität, ...*)
- Rahmenbedingungen  
(*technische, gesetzliche Regelwerke, europäische Rahmenbedingungen, ...*)
- Aktuelle Herausforderungen/neue Märkte  
(*neue Materialien, Adaption neuer Techniken und Verfahren, Sicherheit von Bauwerken, Terrorprävention, ...*).

Koordination:

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Referat II 2  
Deichmanns Aue 31 – 37  
53179 Bonn

#### **Kontakt:**

Miriam Hohfeld  
Referat II 2 „Bautechnik,  
Nachhaltiges Bauen,  
Energieeinsparung, GAEB“  
Tel.: 0228 99 – 401 15 20  
Fax: 0228 99 – 401 15 29  
E-Mail:  
miriam.hohfeld  
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBR  
Postfach 21 01 50  
53156 Bonn  
Fax:  
0228 99 – 401 22 92  
E-Mail:  
selbstverlag@bbr.bund.de  
zum Preis von 22,50 €  
(zzgl. Versand).

## Lebensräume – Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner Berichte, Band 24

Wieder einmal präsentiert das BBR Ergebnisse und Analysen der seit 1985 jährlich durchgeführten Umfrage. Diese komplettiert mit ihren Individualdaten das raumbezogene Informationssystem des BBR, das ansonsten auf Aggregatstatistiken beruht. Standardfragen zu den fünf Themenbereichen *Wohnung, Wohngebiet, Nachbarschaft und Integration, räumliche Mobilität sowie wirtschaftliche Lage und Berufstätigkeit* liefern Zeitreihen, die den sozialräumlichen Wandel in West- und Ostdeutschland deutlich abbilden. Darüber hinaus bietet die Sondererhebung 2003 die Chance, die Situation und die Veränderungen im *Wohngebiet* genauer in den Blick nehmen. Sie wurde durch Mittel des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ ermöglicht.

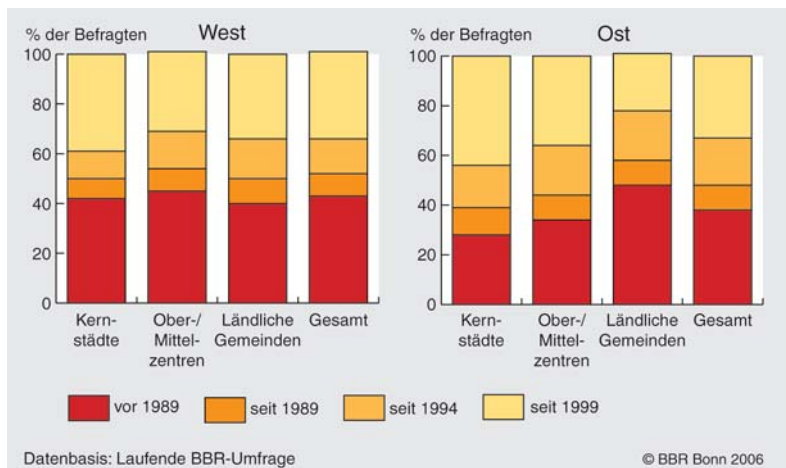
Das Wohngebiet entspricht zum einen dem Handlungsfeld diverser sozialpolitischer und städtebaulicher Maßnahmen und ist zum anderen für die befragten Haushalte der alltäglich erfahrene Raum, in dem sich Probleme andeuten und manifestieren. Eingedenkend der laut Raumordnungsgesetz angestrebten „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ sind Benachteiligungsstrukturen in ihrer räumlichen Verfasstheit also am konkretesten im Wohngebiet zu analysieren. Weiterhin wird im Bericht anhand der Urteile der Bewohnerinnen und Bewohner über Ursachen und

Folgen hoher räumlicher Mobilität und die Wirkung städtebaulicher Maßnahmen berichtet.

Die Umfrage ist vor allem bedeutsam, weil die Individualdaten Zusammenhangsanalysen ermöglichen: Einerseits beschreiben die Befragten ihre materiellen Lebensbedingungen für die fünf raumrelevanten Themenbereiche und andererseits liefern sie die zugehörigen Beurteilungen in Form von Relevanzen, Zufriedenheiten und Erwartungen. Sozialstatistische Informationen über die befragten Haushalte vertiefen die Analysemöglichkeiten. Folglich sind nicht nur – aufgrund der regionalen Schichtung bei der Stichprobenziehung – Aussagen für Bewohnerinnen und Bewohner bestimmter Siedlungs- oder städtischer Lagetypen möglich, sondern auch für all diejenigen, die in den vergangenen fünf Jahren umgezogen sind oder aber bereits länger als zehn Jahre in ihrer Wohnung leben, oder für bestimmte Altersgruppen und Haushaltstypen oder für Wohneigentümer etc.

Seit 1990 steht insbesondere der Vergleich der Entwicklungen in West- und Ostdeutschland im Vordergrund. Diesbezüglich ist ganz generell festzustellen, dass die massiven städtebaulichen Interventionen in den ostdeutschen Ländern in den Befragungsdaten – also sowohl in der Wahrnehmung der Materialität der Lebenswelt als auch in der Beurteilung der sozialräumlichen Gegebenheiten – ihren Widerhall finden. Die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger mussten massive Veränderungen gestalten und (er)tragen: Besonders dramatisch und folgenreich waren die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt – besonders sichtbar die im Wohnungswesen und Städtebau.

18 % der Befragten in Westdeutschland berichten 2003 über Umgestaltungsmaßnahmen während der letzten Jahre in ihrem derzeitigen Wohngebiet – in Ostdeutschland sind es hingegen 53 %. Im Bericht wird aus verschiedenen Perspektiven heraus gezeigt, dass die mit diesen Maßnahmen erzielten baulich-räumlichen Verbesserungen mit steigender Zufriedenheit honoriert werden.



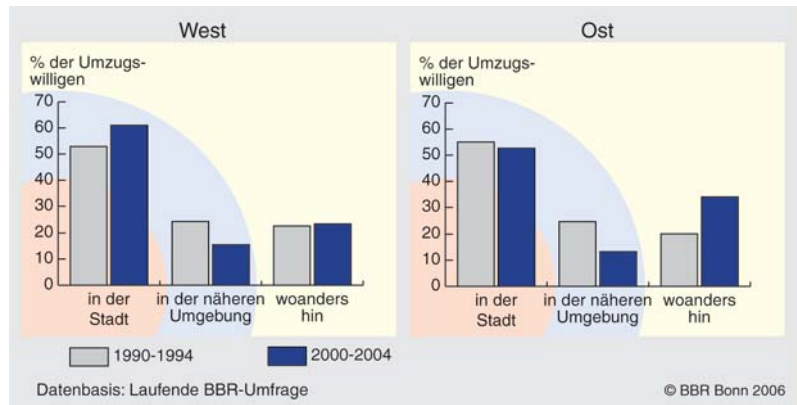
Wohndauer in der derzeitigen Wohnung nach Gemeindetyp – 2003

Im Zusammenhang damit ist anzumerken, dass allein von 1999 bis 2003 bundesweit etwa ein Drittel der Befragten umgezogen ist, und folglich das derzeitige Wohngebiet auch nur für eine relativ kurze Zeitspanne beurteilen kann. Insbesondere die heutige Bewohnerschaft ostdeutscher Kernstädte ist als hochmobil einzustufen: Fast drei Viertel von diesen haben seit der Wende 1989 die Wohnung gewechselt.

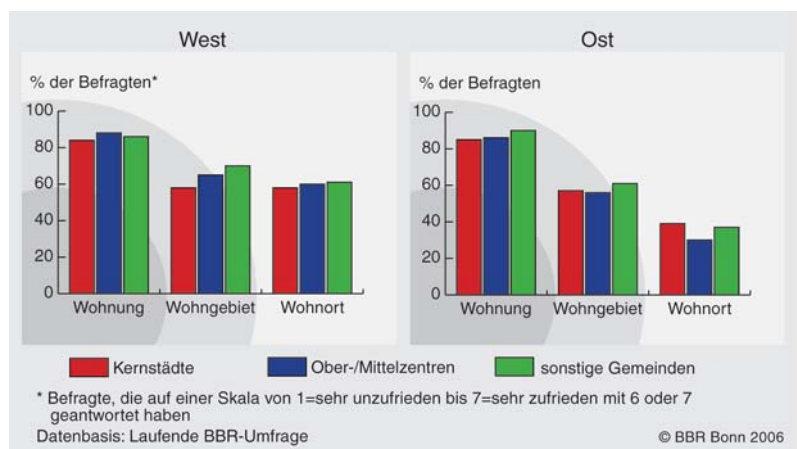
Über die Jahre betrachtet haben sich die beruflichen Gründe für einen Umzug noch vor privaten Gründen als Hauptmotor für das Wanderungsgeschehen herausgebildet. Dies gilt vor allem für die unter 30-Jährigen im Prozess der Berufsfindung, während die Altersgruppen während der Familiengründungsphase dann häufig aufgrund zu klein gewordener Wohnungen eine neue Bleibe – meist am selben Ort – suchen. Dies erscheint einleuchtend, ist allerdings nach wie vor mit verstärkten Wanderungsabsichten ostdeutscher Haushalte verknüpft – häufig mit Westdeutschland als Ziel. Sie werden wesentlich stärker als westdeutsche Haushalte durch wirtschaftliche Bedingungen dazu gezwungen, einen Ortswechsel vorzunehmen.

Dieser Aspekt wird in dem Bericht aus vielfältigen Perspektiven beleuchtet. Insgesamt unterscheidet sich Umzugsmobilität (Häufigkeit, Ziel, Distanz, Grund) in Abhängigkeit von Ost-/West-Ländern, Gemeindetyp, Wohnungsgröße, Haushaltstyp, Eigentumsstatus, Altersgruppe oder Erwerbsarbeit. Zugleich stellt sich heraus, dass es bei den erwünschten wie bei den realisierten Zielgebieten eine Vorliebe für das Bekannte gibt: Wer aus einem Altbau auszieht, möchte mehrheitlich auch wieder in einen solchen einziehen bzw. ist wieder in einen solchen umgezogen etc.

In allen Bereichen weisen die Zeitreihen der BBR-Umfrage auf deutliche Angleichungen der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland hin. Die gleichwohl noch deutlich feststellbaren Einstellungsunterschiede beruhen nicht auf chronischer Nörgelei, sondern sind mit faktischen Unterschieden in den Lebensverhältnissen zu begründen: Der hohe Anteil Arbeitsloser in ostdeutschen Haushalten schlägt sich in schlechteren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage nieder – trotz einer durchschnittlich größeren Anzahl von zum Haushaltseinkommen beitragenden Personen. Die mangelnden Perspektiven in schrumpfenden Gemeinden



Ziel eines beabsichtigten Wohnungswechsles – Vergleich 1990 bis 1994 mit 2000 bis 2004



Zufriedenheit mit Wohnung, Wohngebiet und Wohnort nach Gemeindetyp – 2004

hängen entsprechend mit einer geringeren Wohnortzufriedenheit zusammen. Die anhaltende Abwanderung aus ostdeutschen Gemeinden führt zu Leerständen und Abrissanierung sowie zu ausgedünnten oder sich verschlechternden Nachbarschaften und höherer Kriminalität in Wohngebieten, was dann wiederum zu vergleichsweise geringerer Wohngebietszufriedenheit führt.

Besondere Defizite werden dabei aus ostdeutschen Klein- und Mittelstädten berichtet. Dass ostdeutsche Haushalte gleichwohl nicht leichtfertig fortziehen, zeigt sich in den hohen Werten für lokale Bindungen genauso wie in der Bereitschaft, für die täglichen Wege zur Arbeit weitere Wege und mehr Zeit in Kauf zu nehmen als dies für westdeutsche Befragte der Fall ist.

**Kontakt:**

Dr. Gabriele Sturm  
 Katrin Meyer  
 Referat I 6 „Raum- und Stadtbeobachtung“  
 Tel.: 0228 99 – 401 13 60  
 0228 99 – 401 23 15  
 Fax: 0228 99 – 401 23 55  
 E-Mail:  
 gabriele.sturm  
 @bbr.bund.de  
 katrin.meyer  
 @bbr.bund.de





ExWoSt

Fläche  
im  
Kreis

## Vom Planspiel in die Praxis – Impulsveranstaltungen zur Flächenkreislaufwirtschaft in den Planspielregionen

Wie Flächenkreislaufwirtschaft praxistauglich formuliert werden kann, wird im ExWoSt-Forschungsfeld „Fläche im Kreis“ erprobt. Zwischen Juni 2005 und Frühjahr 2006 fanden in den fünf Planspielregionen Mölln, Rheinhessen-Nahe, Nordthüringen, Stuttgart und Stadt Duisburg Planspielworkshops statt.

Regionale PraktikerInnen aus unterschiedlichen Institutionen haben in den **Planspielworkshops** Instrumente der Flächenkreislaufwirtschaft geprüft und Vorschläge zur ihrer Fortentwicklung in ihren Regionen erarbeitet. Es wurden Ideen entwickelt und erörtert, wie eine Flächenkreislaufstrategie in der Region umgesetzt werden kann. Ermittelt wurde ein Policy-Mix zur Schonung

des Außenbereichs, für eine verstärkte Innenentwicklung, für die Aufwertung von Siedlungsflächen und zur Begrenzung der Neuinanspruchnahme von Flächen.

Auf den **Impulsveranstaltungen** vor Ort wurden Ziele und Strategien der regionalen Öffentlichkeit präsentiert und mit Vertreter/innen aus der Wirtschaft, aus Verwaltungen und Verbänden sowie Vertretern der verschiedenen politischen Ebenen in Stadt und Region diskutiert. Die in den Regionen vorhandenen praktischen Ansätze zur Umsetzung einer Flächenkreislaufwirtschaft und die im Forschungsprojekt erarbeiteten neuen Vorschläge wurden vorgestellt. Neben der Prüfung einzelner Instrumente aus dem „klassischen“ planerischen und infor-



Fotos von F. Dosch, BBR, und A. Ruff, FH Nordhausen, aus Workshops in den Regionen

Region/ Maßnahme	Rheinhessen- Nahe	Duisburg	Mölln	Nord- thüringen	Stuttgart
1	Qualifiziertes Modell für die Baulandbeobachtung	Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung	Weiterentwicklung des Regionalbeirats	Regionales Brachflächenmanagement	Informations-offensive: Potenziale und Vorteile der Innenentwicklung
2	Abstimmung über Kriterien zu kommunalem Flächenbedarf	Stadtumbau und integrierte Stadterneuerung (insb. Wohnungsbau)	Gebietsentwicklungsplan mit sektoralen Teilplänen	Quantitative Steuerung der Siedlungsentwicklung im Regionalplan	Kompetenzstelle Innenentwicklung
3	Stärkere Steuerung durch Regionalplanung	regionaler Interessenausgleich in der Flächenentwicklung	Qualifizierte Flächenbedarfsprognosen	System zum Siedlungsflächenmonitoring	Stärkere Steuerung durch Regionalplanung
4	Interkommunale Aufgabenverteilung und Planung; bodenpolitische Grundsatzbeschlüsse	Revolvierender kommunaler Kleinflächenfonds Duisburg-Nord	Stärkere Steuerung durch Regionalplanung	Marketingstrategie Wirtschaft in Nordthüringen	Interkommunal abgestimmte Flächennutzungsplanung
5	Bauleitplanung und Beeinflussung des Flächenverbrauchs	Weiterentwicklung der Kooperation mit Privaten, besonders bei Gewerbeflächen	Regionaler Datenpool für Politik und Verwaltung	Förderprogramm zur Branchenrevitalisierung/kritische Begleitung der Förderpolitik	Aktivierung kleinteiliger Flächenpotenziale durch informelle Planung
6	Bereitstellung kommunaler Finanzmittel für Maßnahmen der Flächenkreislaufwirtschaft	Förderstrategie für Flächenkreislaufwirtschaft in Duisburg anpassen	Bündelung von Informationen für Grundstückseigentümer		Aktivierung kleinteiliger Flächenpotenziale durch öffentlich-private Kooperation
7	Förderprogramme für Projekt der Flächenkreislaufwirtschaft	Grundsatzbeschluss des Rates über Flächenkreislaufwirtschaft	Gemeinsamer bodenpolitischer Grundsatzbeschluss in der Region		Integration von Freiraumentwicklung, Landwirtschaft und Erholung

Handlungskonzepte im Detail: [www.flaeche-im-kreis.de](http://www.flaeche-im-kreis.de)

matorischen Instrumentarium erarbeiteten die fünf Planspielregionen ein **integriertes Handlungskonzept** für ihre stadtregionale Flächenkreislaufwirtschaft, das konkrete Maßnahmenbündel für die kommenden Jahre enthält. Dabei soll das vorhandene Instrumentarium verstärkt angewendet und durch neue Maßnahmen ergänzt werden.

**Impulsveranstaltung Bad Kreuznach (Rheinhessen-Nahe), 6.6.2006**

Der Tagungsort in der ehemaligen Sporthalle der Rose-Barracks der US-Army in Bad Kreuznach steht exemplarisch für viele Revitalisierungsprojekte von Gemeinden in der Region. Die Aktivitäten in Rheinhessen-Nahe konzentrieren sich auf eine stärkere Steuerung der Siedlungsentwicklung durch die Regionalplanung, auf ein qualifiziertes Modell für die Baulandbeobachtung und auf die interkommunale Abstimmung über Kriterien zur Bestimmung von kommunalem Flächenbedarf. Die kooperative Atmosphäre der Planspielgruppe soll weiterhin genutzt werden, um in der Region – gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – Konzepte der Innenentwicklung voranzutreiben.

**Impulsveranstaltung Duisburg, 22.6.06**

Flächenkreislaufwirtschaft ist zentrales Motiv einer nachhaltigen Stadtentwicklung Duisburgs. Ein wichtiges Ziel ist die Einrichtung eines revolvierenden kommunalen Grundstücksfonds zur Revitalisierung kleinteiliger Brachflächen – insbesondere für gewerbliche Folgenutzungen – im Duisburger Norden. Generell soll in Duisburg auch der Wohnungsbau auf Brachflächen forciert werden. Der neue Arbeitskreis „Regionale Aspekte der Flächenkreislaufwirtschaft“ wird die Projektergebnisse nun auch im regionalen Kontext weiter bearbeiten.

**Impulsveranstaltung Nusse (Mölln), 19.6.06**

Die Planspielregion Mölln steht exemplarisch für ländliche Räume mit einem hohen Erfordernis an regionaler Kooperation. Als zentrale Stellschrauben für eine Flächenkreislaufwirtschaft werden u. a. die Weiterentwicklung des Regionalbeirats in Richtung (verbindlichere Entscheidungen) und die Erarbeitung eines Gebietsentwicklungsplans mit sektoralen Teilplänen – vorrangig für „Wohnen“ – angesehen. Neben der Erarbeitung qualifizierter und aktueller Flächenbedarfsprognosen wird eine stärkere Steuerung der Flächeninanspruchnahme durch die Regionalplanung angestrebt.

**Impulsveranstaltung Nordhausen (Nordthüringen), 29.6.06**

Flächenkreislaufwirtschaft ist ein zentrales Motiv einer nachhaltigen Regionalentwicklung in Nordthüringen. Wichtige Aufgaben liegen – auf Basis eines Siedlungsflächenmonitorings – in der Entwicklung eines regionalen Brachflächenmanagements und in Förderprogrammen zur Brachflächenrevitalisierung. Der Regionalplan soll stärker zur quantitativen Steuerung der Siedlungsentwicklung genutzt werden. Alle Aktivitäten werden von einem Arbeitskreis koordiniert, in dem auch Vertreter des Landes mitwirken.

**Impulsveranstaltung Stuttgart, 5.7.06**

Die Kommunen der Planspielregion Stuttgart können auf umfangreiche Aktivitäten der Innenentwicklung und des Flächenrecyclings zurückblicken und wollen künftig insbesondere die Aktivierung kleinteiliger Flächenpotenziale aufgreifen. Nun sollen die Aktivitäten in einer Informationsoffensive zu Potenzialen und Vorteilen der Innenentwicklung vorangetrieben werden. Ein Element dessen ist die Einrichtung einer Kompetenzstelle Innenentwicklung. Und insbesondere mit dem Verband Region Stuttgart soll die regionale Abstimmung bei der Flächenausweisung verbessert werden. Die Impulsveranstaltung wurde angereichert mit einer spannenden Exkursion zu zahlreichen Revitalisierungsprojekten in Stuttgart.

**Ein kurzes Fazit:** Die Planspiele und die Impulsveranstaltungen haben in allen Regionen gezeigt, dass die strategische Ausrichtung „Flächenkreislaufwirtschaft“ ein fest verankertes Leitmotiv bei den zentralen Akteuren ist. Deutlich wurde aber auch, dass das bestehende Instrumentarium ergänzt werden muss, will man die Flächenkreislaufwirtschaft in die Praxis umsetzen. Derartige neue Instrumente wurden in der zweiten Phase der Planspiele getestet, deren Ergebnisse werden in den nächsten „Informationen aus der Forschung“ vorgestellt.

**Abschlussveranstaltung  
„Fläche im Kreis“  
17.11.2006 in Bonn**

Auf der Tagung „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“ am 17. November 2006 im BBR in Bonn werden die Ergebnisse des ExWoSt-Forschungsfeldes vorgestellt und diskutiert werden. Sie sind schon jetzt herzlich eingeladen!

**Kontakt:**

Dr. Fabian Dosch  
Dr. Peter Jakobowski  
Eckhard Bergmann  
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“  
Tel.: 0228 99 – 401 23 07  
0228 99 – 401 22 43  
0228 99 – 401 23 40  
Fax: 0228 99 – 401 22 60  
E-Mail:  
fabian.dosch  
@bbr.bund.de  
peter.jakubowski  
@bbr.bund.de  
eckhard.bergmann  
@bbr.bund.de

Weitere Informationen unter  
www.flaeche-im-kreis.de  
sowie unter  
www.exwost.de



#### Anfragen:

Kongressagentur:  
adrian.mehlin.prozess-  
navigation  
Naumannstraße 4  
10829 Berlin  
Dipl.-Ing. Uwe Krüger  
Tel.: 030 – 78 89 6520  
Fax: 030 78 00 1311  
E-Mail:  
krueger  
@prozessnavigation.de

Weitere Informationen  
unter:  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_005/nn\\_22702/DE/NeuesTermine/VeranstaltungenWissBereich/ProgrammeKurzbeschreibungen/Kommkoop\\_Kurzbeschreibung.html](http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_22702/DE/NeuesTermine/VeranstaltungenWissBereich/ProgrammeKurzbeschreibungen/Kommkoop_Kurzbeschreibung.html)

#### Kontakt:

Michael Zarth  
Referat I 4 „Regionale  
Strukturpolitik und Städte-  
bauförderung“  
Tel.: 0228 99 – 401 23 37  
Fax: 0228 99 – 401 23 56  
E-Mail:  
michael.zarth  
@bbr.bund.de

## Bundeswettbewerb „kommKOOP – Kongress und Preisverleihung am 4. Oktober 2006 in Berlin

Im Mai 2005 startete der im Rahmen des Forschungsprogramms Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und BBR durchgeführte Bundeswettbewerb „kommKOOP – Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen“. Ziel war es, das Thema interkommunaler Kooperationen aus Bundessicht aufzugreifen und übertragbare Ansätze aufzuzeigen. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag haben den Wettbewerb aktiv unterstützt.

Inhaltlich kamen alle kommunalen Aufgaben und Probleme für den Wettbewerb in Frage, sofern sie Gegenstand einer interkommunaler Kooperation sind. Die wesentlichen Handlungsfelder wurden durch die Bereiche

- Daseinsvorsorge
  - Kommunales Wirtschaften
  - Räumliche Planung und Entwicklung
- abgedeckt. Darüber hinaus war der Wettbewerb für weitere Handlungsfelder offen, denn den Möglichkeiten und Aufgaben interkommunaler Kooperationen sind keine Grenzen gesetzt. Von besonderem Interesse waren dabei Ansätze zur Bewältigung wirtschaftsstruktureller und demographischer Herausforderungen sowie Kooperationen, die grenzüberschreitend agieren.

Inzwischen steht der Wettbewerb kurz vor seinem Abschluss. Mit 167 eingereichten Beiträgen hat er alle Erwartungen übertroffen. Die Beiträge spiegeln das breite Spektrum kommunaler Aufgaben wider und dokumentieren die Kreativität und das Engagement der handelnden Akteure vor Ort.

Die Beiträge wurden insbesondere nach folgenden Kriterien beurteilt:

#### *Innovation*

Werden mit der Kooperation neue Wege beschritten und kommen neue Ansätze bei der Aufgabenerfüllung zum Tragen? Hierbei können auch neue Wege und Verfahren auf alten Kooperationsfeldern die Innovation darstellen.

#### *Ergebnisse der Kooperation*

Welche Ergebnisse hat die Kooperation erbracht, wurden die angestrebten Ziele erreicht? Sind Konflikte in der Zusammen-

arbeit aufgetreten, wie wurde damit umgegangen?

#### *Kosten und Nutzen der Kooperation*

In welchem Verhältnis stehen der Aufwand und der Nutzen der Kooperation zueinander? Wie sind die Folgekosten der Kooperation einzuschätzen? Wie verteilen sich Kosten und Nutzen auf die Kooperationspartner und gibt es Regeln für einen Vorteils-/Nachteilsausgleich?

#### *Nachhaltigkeit der Kooperation*

Ist die Kooperation auf Dauer angelegt und wie sieht ihre institutionelle Verankerung aus? Ist die Kooperation in regionale Netzwerke eingebunden?

Von den 167 Beiträgen wurden Anfang Mai 2006 im Rahmen einer zweitägigen Jurysitzung 52 Kooperationen für die im Rahmen des Kongresses stattfindende Preisverleihung nominiert. Von den 52 Kooperationen werden 15 als Preisträger des Bundeswettbewerbs und 37 Kooperationen mit einer Anerkennung ausgezeichnet.

Der Kongress am 4. Oktober 2006 bietet außerdem der interessierten Fachöffentlichkeit die Möglichkeit, sich einen Überblick über den aktuellen Stand interkommunaler Zusammenarbeit zu verschaffen. Hierzu dient eine Ausstellung der nominierten Beiträge. Anhand ausgewählter Kooperationen soll zudem ein praxisorientierter Erfahrungsaustausch angeregt werden. Im Mittelpunkt stehen folgende Fragen

- Welche kommunalen Aufgaben können gemeinsam gelöst werden?
- Welche Beispiele gibt es für einen Vorteils-/Nachteilsausgleich?
- Was sind Erfolgsfaktoren für interkommunale Kooperationen?
- Welche Hemmnisse stehen interkommunalen Kooperationen entgegen und wie können sie abgebaut werden?
- Wie können Politik und Bürgerschaft im Rahmen interkommunaler Kooperationen stärker eingebunden werden?

Weitere Informationen zum Wettbewerb und zum Kongress sind im Internet auf der Homepage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) veröffentlicht. Rückfragen und Anmeldungen für den Kongress richten Sie bitte an die Kongressagentur [adrian.mehlin.prozessnavigation.de](mailto:adrian.mehlin.prozessnavigation.de).



## Modelle genossenschaftlichen Wohnens – von der sozialen Stadtentwicklung bis zur privaten Altersvorsorge

Abschlussveranstaltung zum ExWoSt-Forschungsfeld „Modelle genossenschaftlichen Wohnens“ am 19. und 20. Oktober 2006 im BMVBS in Berlin

Wohnungsgenossenschaften sollen aufgrund ihrer besonderen Vorzüge eine größere Bedeutung auf den Wohnungsmärkten und in der sozialen Stadtentwicklung erhalten. Der Bericht der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften aus dem Jahr 2004 bildet eine wichtige Grundlage für die Umsetzung dieses wohnungspolitischen Anliegen der Bundesregierung. Er weist auf die Potenziale der Wohnungsgenossenschaften mit ihrer attraktiven und zukunftsichernden Wohnform zwischen Eigentum und Miete hin, die bei der Wohnraumversorgung von Haushalten mit Kindern, älteren Menschen, Migrantinnen und Migranten oder auch anderen Zielgruppen noch aktiviert werden können. Nach Ansicht der Kommission können Wohnungsgenossenschaften auch zur Stabilisierung von städtischen Quartieren und zur privaten Altersvorsorge wichtige Beiträge leisten.

Um entsprechende Empfehlungen der Expertenkommission in der Praxis zu erproben, startete das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das BBR im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) im Herbst 2004 das Forschungsvorhaben „Modelle genossenschaftlichen Wohnens“. Aufgrund der thematischen Bandbreite wurden zwei Teilprojekte eingereicht. Dabei geht es einerseits um das „Erschließen von Genossenschaftspotenzialen“ und zum anderen um „Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften“. Die Ergebnisse aus beiden Forschungsprojekten werden im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am 19. und 20. Oktober 2006 im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin präsentiert.

In den vergangenen eineinhalb Jahren haben die im Teilprojekt „Erschließen von Genossenschaftspotenzialen“ beteiligten Modellvorhaben in den Themenfeldern

- Wohnraumversorgung von unterschiedlichen Zielgruppen durch Genossenschaften,
- besondere Leistungen von Genossenschaften zur Quartiersentwicklung und -stabilisierung,

- Rahmenbedingungen und förderliche Strukturen zur Implementierung von Modellen genossenschaftlichen Wohnens

verschiedene Ansätze, Wege und Strategien erprobt. Die nun vorliegenden Ergebnisse zeigen, welche Haushalte mit der genossenschaftlichen Wohnform angesprochen werden können, wie ihre Potenziale in der Stadt- und Quartiersentwicklung genutzt werden können bzw. wo Grenzen liegen und wie Unterstützungsstrukturen sowie ein entsprechendes Marketing aussehen müssten, um mehr Menschen für das genossenschaftliche Wohnen zu interessieren bzw. die Möglichkeiten des Wohnens in Genossenschaften noch bekannter zu machen. Im Rahmen der Veranstaltung werden Ergebnisse, Erkenntnisse und Botschaften aus dem Forschungsfeld bzw. den Modellvorhaben präsentiert.

Wohnungsgenossenschaften sind zunehmend auch beim Thema private Altersvorsorge gefragt. In einem zweiten Schwerpunkt des Forschungsfeldes wurde daher die Empfehlung der Kommission, Altersvorsorgeprodukte für Genossenschaftsmitglieder anzubieten, aufgegriffen. Welche Möglichkeiten bestehen beispielsweise durch den Erwerb zusätzlicher Geschäftsanteile, im Alter die Wohnkosten zu senken? Welche alternativen Möglichkeiten bieten der Erwerb von Dauerwohnrechten oder die Nutzung von genossenschaftlichen Spar-einrichtungen? Praxisnahe Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge sind in einem Handbuch zusammengefasst, das ebenfalls vorgestellt wird.

Das gesamte Forschungsvorhaben mit den einzelnen Modellvorhaben wird einer breiten Öffentlichkeit in einer (Wander-)Ausstellung gezeigt, die im Rahmen der Abschlussveranstaltung eröffnet wird. Ergänzend wird außerdem eine Broschüre erstellt, die neben der Darstellung der einzelnen Modelle auch eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Botschaften aus den einzelnen Themenfeldern umfasst. Diese kann nach der Veranstaltung beim BBR (katja.wischnewski@bbr.bund.de) bestellt werden.

Details zum Programm finden Sie unter: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) unter Neues/Termine



Anmeldungen zur Teilnahme an der Veranstaltung richten Sie bitte an das

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

Oder per mail:  
anmeldung

@bmvbs.bund.de

Fax: 030 – 20 08 23 59

### Kontakt:

Barbara Crome  
Referat II 12 „Wohnungspolitische Analysen und Berichte“

Tel.: 0228 99 – 401 12 20

Fax: 0228 99 – 401 12 19

E-Mail:

barbara.crome

@bbr.bund.de

**Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag**

Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn  
Telefon: 0 228 99 - 401 - 0  
Telefax: 0 228 99 - 401 - 22 66  
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

**G 7718 F**

**Verantwortlich**

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

**Redaktionelle Bearbeitung**

Gabriele Bockshecker

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen  
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.  
Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 4/2006 – September

ISSN 1434 – 9590



Bundesamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung

Weitere Informationen  
unter:

[http://www.bbr.bund.de/  
nn\\_21260/DE/NeuesTer-  
mine/Veranstaltungen  
WissBereich/veran-  
staltungenWissBereich\\_  
node.html\\_nnn=true](http://www.bbr.bund.de/nn_21260/DE/NeuesTermin/VeranstaltungenWissBereich/veranstaltungenWissBereich_node.html_nnn=true)



Standort- und Regionalentwicklung in Europa  
Fachmesse und Kongress

[www.euregia-leipzig.de](http://www.euregia-leipzig.de)

## Das BBR auf der euregia 2006

Das BBR präsentiert sich auf der euregia 2006, die vom 23. bis 25. Oktober 2006 als größtes Kommunikations- und Benchmarking-Forum zur Regionalentwicklung in Europa bereits zum fünften Mal in Leipzig stattfindet, mit Fachveranstaltungen und einem Ausstellungsstand.

Mit folgenden Veranstaltungen ist das BBR in Kongressprogrammen vertreten:

### *Perspektiven für transnationale Projekte nach 2006*

Montag, 23.10.2006, 13.00 – 18.00 Uhr,  
CCL, Raum 11

Neben der Vorstellung transnationaler Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung werden Informationen u.a. zum Stand der Programmentwicklung für die kommende Förderperiode, zur Zusammenarbeit in internationalen Projektteams sowie zu erfolgreichen Projekten und zur Bedeutung der transnationalen Zusammenarbeit aus Sicht unterschiedlicher Akteure im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen.

### *Sicherung der Daseinsvorsorge, demographischer Wandel und Raumordnungspolitik*

Dienstag, 24.10.2006, 9.30 – 12.15 Uhr,  
CCL, Saal 5

Demographischer Wandel und zunehmend knappe öffentliche Finanzmittel führen zu der Frage, wie eine flächendeckende Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen weiterhin sicherzustellen ist. Antworten auf diese Frage, d.h. Strategien und Konzepte der räumlichen Planung zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

### *Regionale Disparitäten – Grund genug für eine ausgleichsorientierte Raumentwicklungspolitik?*

Mittwoch, 25.10.2006, 9.30 – 16.30, CCL, Saal 5

In Zeiten der Bipolarität von Wachstum und Schrumpfung in Deutschland steht eine Neuinterpretation des Ziels „Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse“, aber auch die künftige Ausgestaltung einer gesamtstaatlichen Politik für gleichwertige regionale Lebensverhältnisse zur Diskussion. Grund genug, sich im Forum „Raumbeobachtung in Bund und Ländern“ mit dem Thema zu beschäftigen.

Darüber hinaus führt der Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland (IKM) in Kooperation mit dem BBR am Dienstag, 24.10.2006, 13.00 – 18.00 Uhr, CCL, Mehrzweckfläche 3

eine (Diskussions-)Veranstaltung zum Thema

### *Metropolregionen – Bausteine für ein wettbewerbsfähiges Deutschland in Europa*

durch. Die Raumordnung in Bund und Ländern sieht im Ansatz der Metropolregion einen besonderen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum. Das EU-Wettbewerbsziel von Lissabon und das EU-Nachhaltigkeitsziel von Göteborg müssen zuvorderst in den Metropolregionen erreicht werden.

Weitere ausführliche Informationen zu den Veranstaltungen und zur euregia einschließlich Anmelde-möglichkeiten finden Sie auf den nebenstehend angegebenen Websites.